



Nr. 3

24. Januar 2013

Inhalt

[dbb-Verhandlungsführer: Leistungsfähiger öffentlicher Dienst nicht zum Nulltarif zu haben+++](#)

[Benra sieht weiteren Beratungsbedarf bei Überarbeitung der Bundeslaufbahnverordnung+++](#)

[Immer mehr Frauen entdecken dbb-Gewerkschaften für sich+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb m-v begrüßt Bildungsinitiative der Landesregierung+++](#)

[GDL: Bei Usedomer Bäderbahn stehen die Zeichen auf Streik+++](#)

[DPVKOM fordert Ende des „Personalkahlschlags“ bei der Deutschen Telekom+++](#)

[BDZ sieht keine Chance für „Bundesfinanzpolizei“+++](#)

[Winterchaos auf Deutschlands Straßen - DPoIG fordert](#)

[Ausbau flexibler Verkehrsleitsysteme+++](#)

[Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb-Verhandlungsführer: Leistungsfähiger öffentlicher Dienst nicht zum Nulltarif zu haben

(dbb) Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist nicht zum Nulltarif zu haben. Das stellte Willi Russ, dbb-Verhandlungsführer in der anstehenden Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, am 24. Januar 2013 noch einmal klar. „Wer immer nur dann an Schuldentilgung denkt, wenn es um die anständige Bezahlung der Beschäftigten der Länder geht, entlarvt sich selbst. Der möchte lieber einen billigen Staat als einen leistungsfähigen. Dass werden wir aber nicht durchgehen lassen.“ Russ widersprach damit dem Verhandlungsführer der Länder, Jens Bullerjahn. Der Finanzminister von Sachsen-Anhalt hatte erklärt, er wolle die Schuldentilgung erhöhen, nicht die Personalausgaben.

Russ verwies auch auf die Bezahlung der Beschäftigten bei Bund und Kommunen. „Daran wollen wir Anschluss halten. Eine ‚Zwei-Klassen-Gesellschaft‘ kommt überhaupt nicht in die Tüte.“ Die Drohung der Länder mit Personalabbau wies der dbb-Verhandlungsführer zurück. „Das imponiert uns wenig. Diese Leier hören wir nun schon seit Jahrzehnten bei jeder Einkommensrunde. Personalabbau fände selbst dann statt, wenn wir eine ‚Null-Runde‘ fordern würden. Starke Länder brauchen leistungsfähige Verwaltungen und Beschäftigte mit fairen Löhnen“, sagte Russ.

Zudem müsse in dieser Tarifrunde nun endlich die Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer im Arbeitnehmerverhältnis geregelt werden. „Eine Bezahlung nach Gutsherrenart werden wir

nicht länger hinnehmen.“ Dies sei „ein Anachronismus, der auf den Müllhaufen der Geschichte gehört“.

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder beginnen am 31. Januar 2013 in Berlin. Der dbb fordert eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent inklusive einer sozialen Komponente sowie die Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro. Weitere Forderungen sind die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich, die Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich sowie die Schaffung einer Grundtarifizierung für Lehrkräfte. (01/03/13)

Benra sieht weiteren Beratungsbedarf bei Überarbeitung der Bundeslaufbahnverordnung

(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, hat am 10. Januar 2013 in Berlin bei einem Beteiligungsgespräch im Bundesinnenministerium zur Ersten Änderungsverordnung zur Bundeslaufbahnverordnung deutlich gemacht, dass der dbb weiteren Beratungsbedarf sieht: „Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass vier Jahre nach der Neufassung der Bundeslaufbahnverordnung notwendige Nachbesserungen auf den Weg gebracht werden. Die mit diesem Entwurf eingebrachte, eigentlich wünschenswerte Flexibilisierung geht aber in Teilen zu weit. Zudem wäre eine großzügiger bemessene Zeitspanne zur Stellungnahme wünschenswert gewesen.“

Kritikwürdig, so Benra, sei insbesondere die zu weit gehende Öffnung zur möglichen Durchführung eines verkürzten Vorbereitungsdiens-tes im gehobenen Dienst sowie die neue Ermächtigungsnorm für die obersten Dienstbehörden zur Schaffung eigener Regelungen für Studiengänge und für den Aufstieg. Diese lehne der dbb aus grundsätzlichen Erwägungen

ab, sei dadurch doch eine deutliche Schwächung der internen Ausbildung an der Fachhochschule des Bundes zu befürchten. Diese solle vielmehr erhalten und gestärkt werden. „Wir setzen uns für einheitliche Regelungen auch bezüglich der Aufstiege und der damit verbundenen Studiengänge ein, denn sie bieten Flexibilität für Dienstherren und Beamte.“

Eine Aufsplitterung in den einzelnen Ressorts würde diese Flexibilität zunichtemachen und

damit die Attraktivität des öffentlichen Dienstes stark einschränken“, so Benra.
(02/03/13)

Immer mehr Frauen entdecken dbb-Gewerkschaften für sich

(dbb) Mehr und mehr weibliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst entscheiden sich für eine Mitgliedschaft im dbb beamtenbund und tarifunion. Seit Anfang 2012 verzeichnet der dbb 4.272 und damit fast dreimal mehr weibliche Neuzugänge als männliche. „Der große Zulauf bestätigt die gute Arbeit der dbb-Gewerkschaften. Zudem steigt unter Frauen das Bewusstsein für die Notwendigkeit, sich einerseits besser rechtlich abzusichern und sich andererseits aktiv für die eigenen Rechte am Arbeitsplatz einzusetzen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 22. Januar 2013.

Anhaltende Versäumnisse der Arbeitgeber bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch der Anspruch, Entgeltdiskriminierungen nicht länger hinnehmen zu wollen, seien Auslöser für ein verstärktes Interesse von Frauen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Der kontinuierliche Zulauf bestätige auch die Bedeutung der dbb bundesfrauenvertretung als Interessenvertretung für die überwiegend weiblichen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche, so Wildfeuer.

Insgesamt hatte der dbb zum Jahreswechsel 1.271.563 Mitglieder. Das waren 5.843 mehr als im Vorjahr. Bereits 2011 hatte die Zahl der dbb Mitglieder deutlich zugelegt. Damals waren 2.333 Frauen und 2.413 Männer einer Gewerkschaft unter dem Dach des dbb beigetreten. In den Reihen des dbb sind derzeit 401.621 Frauen und 869.942 Männer organisiert.
(03/03/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb m-v begrüßt Bildungsinitiative der Landesregierung

(dbb) Unter dem Motto „Verbeamtung und Fairness“ hatte der dbb mecklenburg-vorpommern im Sommer vergangenen Jahres Gespräche mit Bildungsexperten und Landespolitikern mit dem Ziel geführt, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern. Die dort zur Sprache gebrachten Argumente haben offenbar Gehör gefunden, denn viele der Forderungen des dbb-Landesbundes finden sich in einem am 23. Januar 2013 veröffentlichten Bildungspaket der Regierungskoalition wieder, wie der dbb m-v mitteilte.

Der dbb m-v begrüßte ausdrücklich, dass nun endlich das größte Bildungspaket seit der Wende auf den Weg gebracht werden soll. Dass jetzt die seit über 20 Jahren immer wieder gestellte Forderung des dbb m-v nach Verbeamtung der Lehrkräfte, wie sie in den meisten anderen Bundesländern selbstverständlich ist, endlich Gehör gefunden hat, sei dabei nur ein Aspekt. Das Ziel, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern und so gut ausgebildete Fachkräfte im Land zu halten beziehungsweise ins Land zu holen, könne nur

durch die Realisierung des vom Koalitionsausschuss beschlossenen Gesamtmaßnahmepakets erreicht werden. Dazu gehören laut dbb m-v auch Anrechnungstunden für ältere und stärker belastete Lehrerinnen und Lehrer sowie die Beendigung der finanziellen Ungleichbehandlung der Lehrkräfte an den unterschiedlichen Schularten. „Wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden, ist es sicher ein ganzes Stück attraktiver, Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern zu sein“, sagte der dbb-

Landesvorsitzende Dietmar Knecht. Er hoffe auch, dass die Zahl derer, die nach ihrer Ausbildung das Land in Richtung Westen oder Süden verlässt, weil andere Bundesländer bes-

sere Rahmenbedingungen bieten, dann erheblich sinken werde.
(04/03/13)

GDL: Bei Usedomer Bäderbahn stehen die Zeichen auf Streik

(dbb) „Nun liegt es an den Lokomotivführern der UBB, ein deutliches Zeichen zu setzen und den Arbeitgeber zur Vorlage eines verhandlungsfähigen Angebots zu bewegen.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky den Abbruch der Tarifverhandlungen mit der Usedomer Bäderbahn (UBB) am 17. Januar 2013 in Berlin.

Damit ist die Umsetzung einer Klausel des 2011 mit der Deutschen Bahn (DB) erzielten Tarifabschlusses zunächst am Widerstand des Arbeitgebers gescheitert. Ihr zufolge sollten die Lokomotivführer der UBB mit dem Beitritt des Unternehmens zum Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e.V. per Überleitungstarifvertrag in den Geltungsbereich des Bundes-Rahmen-Lokomotivführertarifvertrages (BuRa-LfTV) und des DB-Lokomotivführertarifvertrages (LfTV) integriert werden.

Doch die Verhandlungen verliefen von Beginn an schwierig. Zwar habe es verschiedene Angebote an die GDL gegeben, doch entweder waren diese mit dem UBB-Gesellschafter DB Regio nicht abgestimmt oder zielten nur darauf ab, die GDL hinzuhalten, erklärte die Gewerkschaft. Und weiter: „UBB-Lokomotivführer gehören zum DB-Konzern. Da passt Lohndumping nicht in das selbstgemalte Bild, bester Arbeitgeber in der Republik zu werden.“
(05/03/13)

DPVKOM fordert Ende des „Personalkahlschlags“ bei der Deutschen Telekom

(dbb) „Der Personalkahlschlag bei der Deutschen Telekom muss nun endlich ein Ende haben. Das Unternehmen spart mal wieder an der völlig falschen Stelle.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, die am 17. Januar 2013 bekannt gewordenen Stellenabbaupläne bei der Deutschen Telekom.

Medienberichten zufolge will das Unternehmen im Deutschland-Geschäft bis Juni dieses Jahres weitere 1.200 Arbeitsplätze abbauen. Geyer: „Dem Vorstand des Unternehmens scheint außer personalpolitischen Maßnahmen und den damit erhofften Einsparungen nicht viel einzufallen, um die Telekom fit für die Zukunft zu machen. Seit 2007 hat die Telekom mehr als 16.000 Arbeitsplätze im Deutschland-Geschäft abgebaut. Bis 2015 sollen in der Konzernzentrale weitere 1.300 Menschen das Unternehmen verlassen. Wir fordern das Unternehmen auf, diese Rotstiftpolitik zulasten der Mitarbeiter schnellstmöglich zu stoppen.“ Offensichtlich habe die Leitung immer noch nicht

verstanden, dass das Unternehmen nur mit genügend und motiviertem Personal neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und damit auf dem hart umkämpften Telekommunikationsmarkt bestehen kann.

Heftig kritisierte der DPVKOM-Bundesvorsitzende auch, dass die Mitarbeiter wieder einmal aus den Medien erfahren, dass ihre Arbeitsplätze wegfallen sollen. Er forderte das Unternehmen auf, schnellstmöglich mit der DPVKOM über sozialverträgliche Lösungen für die nun vom Arbeitsplatzverlust betroffenen Mitarbeiter zu verhandeln.
(06/03/13)

BDZ sieht keine Chance für „Bundesfinanzpolizei“

(dbb) Der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft sieht keine Realisierungschance für eine Sonderpolizei des Bundes zur wirksameren Bekämpfung von Subventionsbetrug und Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Außenwirtschaftskriminalität, organisiertem Schmuggel und Verstößen gegen Verbraucherschutz keine Realisierungschance, wie sie Die Linke gefordert hat. Dringender Handlungsbedarf für den Bundesfinanzminister bestehe jedoch auf der Basis des europäischen Rechts und grundgesetzlicher Regelungen unter Berücksichtigung föderaler Zuständigkeiten, wenn die Bundeszollverwaltung die ihr bereits übertragenen Aufgaben gesetzeskonform und wirksam erfüllen soll, erklärte der BDZ am 17. Januar 2013.

Der BDZ-Bundesvorsitzende Klaus H. Leprich bezeichnete die Forderung, die Die Linke in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat, als „oberflächlich und inkompetent“. Wer einerseits durch die Trennung der Bundeszollverwaltung in eine polizeilich ausgerichtete „Bundesfinanzpolizei“ und in eine administrativ-fiskalisch ausgerichtete Bundesfinanzverwaltung eine verbesserte Bekämpfung der Kriminalität verspreche, die im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Geld-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen stehe und andererseits dieser Behörde darüber hinaus Zuständigkeiten des

Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei aus den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzkriminalität übertragen wolle, offenbare lückenhafte Kenntnisse. Die tatsächlichen Aufgaben und Befugnisse der Bundeszollverwaltung gingen bereits weit über grenzüberschreitende Zuständigkeiten hinaus, so Leprich. Es sei insbesondere wegen der Schnittstellen zu Zuständigkeiten der Bundesländer überhaupt nicht vorstellbar, dass es dafür eine verfassungsändernde Mehrheit geben könne. (07/03/13)

Winterchaos auf Deutschlands Straßen - DPoIG fordert Ausbau flexibler Verkehrsleitsysteme

(dbb) Autofahrer müssen sich besser und sorgfältiger auf widrige Witterungsbedingungen im Winter einstellen. Das fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) vor dem Hintergrund der derzeit teilweise chaotischen Verhältnisse auf Straßen in ganz Deutschland.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte am 21. Januar 2013: „Schneefall, Glatteis und Minustemperaturen führen alljährlich zu Unfällen, Straßensperrungen, Staus und liegengelassenen Fahrzeugen. Das Erstaunen ist jedes Mal groß, obwohl sich die Menschen besser darauf einstellen könnten. Dazu gehört, für längere Fahrten mehr Zeit einzuplanen und möglicherweise die Bahn als Alternative in Betracht zu ziehen. Wer auf das eigene Auto nicht verzichten kann, sollte auf jeden Fall genügend Sprit im Tank haben, um bei längeren Wartezeiten auf der Straße die Heizung benutzen zu können. Es passiert nicht selten, dass querstehende LKWs Autofahrer stundenlang an der Weiterfahrt hindern. Für den Fall hilft auch ein Notfallegequipment aus warmen Getränken, kleinen Snacks und Decken. Ein ausreichender Handyempfang ist ebenfalls von

Nutzen. Grundsätzlich sollte jeder Autofahrer auf die richtige Bereifung achten. Richtigerweise gilt, wer ohne die witterungsangepassten Reifen unterwegs ist, riskiert ein hohes Bußgeld.“

Die DPoIG fordert darüber hinaus, die Verkehrsministerien von Bund und Ländern auf, Wechselverkehrszeichen-Brücken und die dynamischen Wegweiser mit integriertem Stauinformationen auszubauen. Wendt: „Wir brauchen auf Deutschlands Autobahnen mehr intelligente und situationsangepasste Verkehrsleitsysteme. Diese können lageangepasste Geschwindigkeiten vorgeben.“ Das sei – weil für den Autofahrer nachvollziehbar - besser als allgemeine Tempolimits. (08/03/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zu einer dritten Gesprächsrunde innerhalb von zehn Wochen hat der DBB NRW den nordrhein-westfälischen Finanzminister Norbert Walter-Borjans aufgesucht. Der dbb-Landesbund hatte um das Gespräch gebeten, um seine Positionen zur Einkommensrunde und zur Dienstrechtsreform zu verdeutlichen, teilte der DBB NRW am 22. Januar 2013 mit. Landesvorsitzender **Meinolf Guntermann** und sein Stellvertreter Guido Arens sprachen unter anderem die Übernahme des Ergebnisses der anstehenden Tarifrunde auch für die Beamtinnen und Beamten an. Der Finanzminister sagte: „Wir sind um eine anständige Lösung bemüht. Wir sind dabei unserer Herausforderung bewusst. Wenn man bedenkt, dass je ein Prozent lineare Erhöhung einen Kostenfaktor von 220 Millionen Euro für Tarif, Besoldung und Versorgung darstellt, müssen wir das Tarifergebnis abwarten und uns entsprechend einrichten.“

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen stellt sich auf harte Tarifaueinandersetzungen in der kommenden Einkommensrunde der Länder ein und zeigt sich streikbereit. tbb-Vorsitzender **Helmut Liebermann** machte am 15. Januar 2013 klar: „Kommt es zu keinem Ergebnis in der dritten Verhandlungsrunde, können wir Streiks nicht ausschließen.“ Da es kein Schlichtungsabkommen gebe, könnten die Gewerkschaften schon nach der dritten Runde Anfang März in Urabstimmungen und Streiks gehen. Liebermann verteidigte die Höhe der Forderung. „Die Länder müssen abwägen, wofür sie ihr Geld ausgeben wollen. Wir werden unseren Teil einfordern.“ Die Beschäftigten müssten mit der Inflation leben, hätten steigende Mieten und höhere Energiekosten zu bezahlen. Er verwies zudem auf den Abschluss der Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen im letzten Jahr von 6,3 Prozent Lohnzuschlag mit einer Laufzeit von zwei Jahren. Die Länder seien nicht ärmer als Bund und Kommunen. "Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft", so Liebermann.

Nachdem zum 1. Januar 2013 die Praxisgebühr abgeschafft wurde, hat der dbb hamburg erneut gefordert, die im Zuge des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahre 2005 eingeführte Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht zumindest anteilig zurückzunehmen. Dazu hatte der dbb-Landesbund den Hambur-

ger Bürgermeister Olaf Scholz bereits im November vergangenen Jahres schriftlich aufgefordert. Zwar mussten die Beamten in Hamburg keine Praxisgebühr bezahlen, im Gegenzug aber – seit Einführung der Praxisgebühr – die Kostendämpfungspauschale tragen: Alle Hamburgischen Beamten und Versorgungsempfänger müssen eine nach Besoldungsgruppen gestaffelte Verminderung Ihrer beihilfefähigen Aufwendungen hinnehmen. Bei Lehrern sind dies durchschnittlich 200 Euro jährlich. „Beamte in Hamburg sind anscheinend nur noch Haushaltsverfügungsmasse. Gutes Regieren sieht anders aus“, kritisierte der dbb Landeschef **Rudolf Klüver**.

Nach Plänen des Berliner Innensenators Frank Henkel kommen auf die Objektschützer der Berliner Polizei längere Arbeitszeiten zu. Voraussetzung dafür wäre der Abschluss eines Sondertarifvertrages für den vollzugsnahen Bereich. Der dbb berlin kritisierte das Vorhaben. „Das widerspricht unserer Vereinbarung, wieder in den Tarifverbund zurückzukehren“, sagte der Landesvorsitzende **Joachim Jetschmann** der „Welt“ (Ausgabe vom 22. Januar 2013). „Das ist völlig abwegig und nicht akzeptabel.“ Durch die Ankündigung des Berliner Senats, wieder in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einzutreten, sollte die Sonderrolle der Berliner Verwaltung mit einer eigenen Tarifregelung eigentlich beendet werden, machte Jetschmann klar. Jetzt plane der Senat für den Objektschutz erneut eine Sonderregelung. Jetschmann: „So etwas darf nicht passieren.“

Am 21. Januar 2013 ist der neue Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) Stephan Dorgerloh (Sachsen) in Berlin feierlich in sein Amt eingeführt worden. Die Glückwünsche des dbb überbrachte **Berthold Gehlert**, Kommissionsvorsitzender der Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, der Dorgerloh zugleich eine erfolgreiche Amtszeit wünschte. Gehlert, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) im dbb, verband dies mit der Bitte, die berufliche Bildung nicht aus dem Blick zu verlieren. Der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** verwies in seinem Glückwunschsreiben an Dorgerloh darauf, dass die demografischen Veränderungen und

die flächendeckende Umsetzung des Inklusionsprinzips in den Schulen in den nächsten Jahren hohe Anforderungen an die Bildungspolitik und damit an die KMK stellen werden.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, hat das Angebot der Bundesregierung, Frankreich im Mali-Konflikt logistische Hilfe zu gewähren, zwar begrüßt, zugleich aber vor den Folgen eines solchen Freundschaftsdienstes für die innere Sicherheit in Deutschland gewarnt.

„Selbstverständlich ist es möglich, dass fanatische Islamisten nach dem perfiden Motto ‚der Freund unseres Feindes ist unser Feind‘ auch Deutschland ins Visier nehmen, um Anschläge durchzuführen“, sagte Wendt am 16. Januar 2013 Handelsblatt Online. Aktuelle Informationen darüber, dass sich die Anschlaggefahr bereits erhöht habe, gebe es jedoch nicht, so Wendt weiter. Deshalb sei es richtig, dass die Sicherheitsbehörden „jetzt nicht gleich Alarmstimmung verbreiten, sondern professionell gelassen und gleichzeitig wachsam sind“. Deutschland sei „bedroht, aber auch gut aufgestellt, es gibt keinen Anlass zur Panik“, sagte Wendt.

Zum 1. Januar 2013 ist die zweite Stufe der im Mai vergangenen Jahres vereinbarten Entgelt-erhöhung für Beschäftigte der Deutschen Telekom in Kraft getreten. So sind zu Jahresbeginn die Entgelte um 2,1 Prozent angehoben worden. Darüber hinaus traten Änderungen bei der variablen Vergütung in Kraft, teilte die Kommunikationsgewerkschaft DPV (**DPVKOM**) am 23. Januar 2013 mit. So erhalten die Beschäftigten der Telekom Deutschland GmbH und der drei Servicegesellschaften ab diesem Jahr 40 Prozent des variablen Anteils am Jahreszielentgelt zu 1/12 als monatliche Zahlung. Bei dieser Monatszahlung handelt es sich um eine Abschlagszahlung auf den variablen Anteil am Jahreszielentgelt.

Vorgaben der Politik für den Bereich Schul-sponsoring, „Richtlinien, die auch mit Beispielen arbeiten“, wünscht sich **Hans-Peter Meidinger**, Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPHV). Schließlich seien „Zusendungen zweifelhafter Qualität unser tägliches Brot“, zitiert das Online-Portal sueddeutsche.de am 20. Januar 2013 Meidinger, der selbst Schuldirektor ist. Oft werde von den Unternehmen mit Belohnungen aus der eigenen Produktpalette gearbeitet. „Letztlich soll über den Riesenmarkt Schule der Umsatz gesteigert werden.“ Dennoch rate er nicht zu einem Verzicht der Schulen auf Sponsoring. Viele könnten es sich wegen der schlechten Ausstattung gar nicht leisten, Unterrichtsmaterial liegen zu lassen, das manchmal ganz gut sei. Er glaube nicht, dass die Kultusministerkonferenz bundesweit verbindliche Maßstäbe festsetzt, räumte Meidinger ein. Die Länder könnten sich ja nicht einmal bei der so wichtigen Lehrerbildung auf gemeinsame Standards einigen.

(09/03/13)